

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 24, 29. November 2001

Einblicke

Beutekunst ade

Von Heiner Lichtenstein

In Köln beginnt in wenigen Tagen das erste Kolloquium zum Thema „Museen im Zwielficht – Ankaufspolitik 1933 – 45“. Es geht um die Frage, wie deutsche Museen im „Dritten Reich“ ihre Bestände „erweitert“ haben. Bisher wird dieser Frage nur in Köln, Berlin, Stuttgart, Hamburg, München und Bremen nachgegangen. Alle anderen Museen wollen das Problem offenbar aussitzen und auf diese krumme Tour während der Nazizeit geklaute Schätze behalten. Sie sollen jetzt gesetzlich unterstützt werden – durch Änderung des Schuldrechts. Danach soll Kunstraub nach 30 Jahren verjähren, also nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden können. Diebe könnten dann Picassos, Rembrandts oder van Goghs, die sie Anfang 1972 geklaut haben, im nächsten Jahr auf Versteigerung anbieten oder ins Wohnzimmer hängen, ohne etwas befürchten zu müssen. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist nicht weniger befremdlich. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges haben Siegerstaaten in deutschen Sammlungen und Museen gewildert und geraubt. Bei weitem nicht so skrupellos wie zuvor die Deutschen, aber immerhin. Wie sollen deutsche Museumsdirektoren 56 Jahre nach dem Diebstahl auf Rückgabe drängen, wenn hier zu Lande schon nach 30 Jahren alles vergeben und vergessen ist? Der von Juristen „Modernisierung des Schuldrechts“ genannte Freibrief beraubt Deutschland jeder moralischen Basis, Beutekunst zurückzufordern.

Vor gut 30 Jahren hat ein hoher Beamter im Bundesjustizministerium schon einmal mit einem Trick einen irreparablen Schlussstrich unter ein Kapitel aus der NS-Zeit gezogen. Durch einen winzigen, unauffälligen Paragraphen im Ordnungswidrigkeitengesetz gelang es ihm, ungezählte Nazi-Schreibtischtäter vor dem Staatsanwalt zu retten. Selbst im Bundespräsidialamt ist das damals nicht aufgefallen. Bundespräsident Johannes Rau sollte genau hinschauen lassen, ehe er mit seiner Unterschrift diese Aufforderung zum Diebstahl in Kraft setzt.

Szenen einer Kleinstadt

Rechte Gewalttäter machen Jagd auf farbigen Inländer – Kommunalpolitiker leugnen existierende Kameradschaftsstruktur.

Seite 2 ■

Interne Reibereien

Bei den Freien Nationalisten scheint der Führungsanspruch Christian Worchs nicht mehr unumstritten zu sein.

Seite 3 ■

Querfront-Strategie

Ein sich als antiimperialistisch begreifender Antiamerikanismus eint rechte und linke Anarchisten.

Seite 4 ■

Totgesagte leben lange

In Frankreich kehrt Jean Marie Le Pen wieder auf die politische Bühne zurück.

Seite 7 ■

Die Weigerung Roms

Der Vatikan gestattet keinen Zugang zu seinen Archiven, was die Aufklärung über seine Rolle während der Shoa behindert.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlöffel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Deutsche Kleinstadt**

Rechtsextremisten jagen Dunkelhäutigen. Kommunalpolitiker leugnen Existenz einer Kameradschaftsstruktur

Süß und exotisch sei das Kind mit der dunkelbraunen Haut und den schwarzen Locken, sagten die Erzieherinnen und Nachbarn, als der damals dreijährige Manuel G., Sohn einer Deutschen und eines mosambikanischen Vertragsarbeiters, zu seinen Adoptiveltern nach Wittstock kam. Das war 1983, und in der damals 15 000 Einwohner großen Stadt schienen die Chancen für ein afrodeutsches Kind nicht schlecht. Heute ist Manuel 18 und ein ganz normaler Teenager. Doch für seine Altersgenossen ist der zurückhaltende Junge nur der „Nigger“. Ein Fremder, den man auf dem Weg zur Berufsschule in der Regionalbahn anpöbeln kann, weil er alleine ist und sich nicht wehrt. Der weder Bomberjacke noch Springerstiefel trägt, sondern Jeans und ein weißes T-Shirt.

Angst, sagt Manuel, gehört seit dem 20. Mai zu seinem Leben. Leise und in abgehackten Sätzen erzählt er, wie er an jenem Sonntagabend aus dem vierten Stock des Plattenbaus, in dem sein bester Freund zwei Wochen vorher vom Sozialamt eine Wohnung zugewiesen bekommen hatte, über Balkonbrüstungen kletterte. Da hatten die fünf jungen Männer mit den dunklen Militaryhosen schon die Wohnungstür aufgetreten und „wo ist der Neger“ gebrüllt. „Als ich im zweiten Stock ankam, hatte ich keine Kraft mehr“, sagt Manuel nüchtern. An den Sturz auf die Grünfläche vor den Häusern kann er sich kaum noch erinnern. „Ich wusste, dass ich rennen musste, als ich unten aufprallte.“ Sein Ziel, das Krankenhaus der Stadt, erreichte Manuel morgens um halb fünf. Immer wieder hatte er auf der Flucht durch Schrebergärten und Wiesen das Bewusstsein und die Orientierung verloren.

Dass einer der Angreifer, verummt mit einer schwarzen Wollmütze, noch einmal in die Wohnung zurückkehrte, und dem Freund drohte, „sag deinem Neger Bescheid, den kriegen wir noch“, erfährt Manuel erst am nächsten Tag im Krankenhaus. Da hatte die Polizei die Angreifer längst festgenommen. Die 18- bis 23-Jährigen standen noch vor dem Haus und tranken Bier, als die Beamten ankamen, erinnert sich ein Polizist.

Als „fremdenfeindlich motivierte Straftat“ wird der Angriff auf Manuel seitdem bei der Wittstocker Polizei geführt. Das Motiv Rassismus kennt die amtliche Statistik genauso wenig wie die Opfergruppe „Schwarz“ und „Deutsch“. In der vergangenen Woche wurde nun einer von Manuels Angreifern vor dem Amtsgericht Neuruppin zur Verantwortung gezogen. Der mehrfach einschlägig vorbestrafte 19-jährige Dennis S. bekam als einziger zur Tatzeit Heranwachsender einen abgetrennten Prozess und erhielt unter Einbeziehung weiterer Delikte eine Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten.

Deutlich wurde zum einen, dass sich die Gruppe der Angreifer zuvor mit der indizierten CD „Herrenrasse“ von „Macht und Ehre“ in Stimmung gebracht hatten, „um den Neger fertig zu machen.“ Zum anderen, dass die fünfköpfige Gruppe der Angreifer Teil einer Kameradschaftsstruktur ist, deren Existenz von Kommunalpolitikern geleugnet oder bestenfalls verharmlost wird. Eine rechtsextreme Szene gebe es in der Stadt nicht, allenfalls „seit kurzer Zeit“ einige „Rechtsorientierte“, meint FDP-Bürgermeister Lutz Scheidemann, der die Stadt seit zehn Jahren regiert. Scheidemann könnte es besser wissen, schließlich wurden in Wittstock seit Anfang der 90er Jahre immer wieder systematisch Migrantinnen und Migranten sowie linke Jugendliche durch die Stadt getrieben, in ihren Wohnungen und Clubs überfallen und teilweise mit Schusswaffen bedroht. Rechte Hegemonie unter Jugendlichen hat hier eine Kontinuität, die sich inzwischen auch in Vernetzungsansätzen zwischen der örtlichen Kameradschaft und Kameradschaften aus Berlin, Nordbrandenburg und Mecklenburg-Vorpommern niederschlägt. Nur das letzte überregionale Kameradschaftstreffen, das Mitte Oktober als Geburtstagsfeier getarnt im Wittstocker Jugendclub Havanna stattfand, verlief nicht ganz so erfolgreich: Die Polizei nahm 58 Rechte aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern fest, bei sieben erließ ein Richter Haftbefehle.

In den kommenden Monaten sollen auch die vier anderen Angreifer auf Manuel vor Gericht kommen. Einer von ihnen, der 21-jährige Karsten S., wird von dem Ex-Bundesführer der Wiking Jugend und Berliner Rechtsanwalt Wolfram Nahrath verteidigt. Nach dem Angriff waren bei S. unter anderem eine Schreckschusswaffe, eine Browning-Pistole, ein Seitengewehr, ein Baseballschläger, über einhundert rechtsextreme CDs und eine Hakenkreuz-Armbinde beschlagnahmt worden.

Heike Kleffner

Aktivitäten

Kämpfer unter sich**Die Freien Nationalisten streiten um den Führungsanspruch Christian Worchs**

„Wenn nötig, würden wir uns den Weg zum Kriegerehrenmal mit Blut erkämpfen“, versprach Thomas Wulff am „Heldengedenktag“. Doch dieses Jahr bestand der Kampf um eine Gedenkveranstaltung der Freien Nationalisten in der Hamburger Innenstadt alleine in dem Gang zu den Behörden. Unter dem Motto „Ewig lebt der Toten Tatenruhm“, hatte Inge Nottelmann anlässlich des Volkstrauertags die Veranstaltung am „76er Soldatenehrenmal“ für das Aktionsbüro Norddeutschlands am Dammtorwall angemeldet. Allerdings wäre dies nicht nötig gewesen, da Gedenkveranstaltungen nicht gemeldet werden müssen. Doch der Schutz der Polizei durch die Anmeldung schien der Führerin der Mädelschar Deutschland doch sicherer als die Kraft der Kameraden.

An die 250 Menschen versammelten sich am 18. November 2001 an den Polizeiabsperungen, um die Veranstaltung nicht ungestört vonstatten gehen zu lassen. Kaum hatten die etwa 100 Neonazis aus Norddeutschland, die mit einer bereitgestellten U-Bahn anreisten, den Untergrund verlassen, schallte sofort „Nazis raus“ über den Stephansplatz. Immer wieder erklangen Trillerpfeifen, als die neuen „Nationalen Sozialisten“, wie sie sich selbst bezeichnen, vor dem von den Nationalsozialisten 1936 errichteten Kriegsdenkmal aufmarschierten.

„Wir sind hier, um die Toten und Überlebenden der Wehrmacht und der Waffen-SS zu ehren“, erklärte mit getragener Stimme Wulff und betonte „dafür zu kämpfen, die eigenen Kulte zu leben“. Auch Peter Borchert aus Neumünster und Manfred Börm aus Lüneburg beteuerten mit pathetischer Rhetorik, dass „junge Deutsche das Recht hätten, den Opfern des eigenen Volkes (zu) gedenken“.

Bereits im vergangenen Jahr marschierten an die 100 Freien Nationalisten aus Neumünster, Kiel, Hamburg und Lüneburg am Kriegsdenkmal auf. Schon damals lobte Wulff die „Heldentaten“ und Borchert ergänzte „Wir werden sie nicht verraten“.

Aber nicht nur, dass dieselben Akteure sprachen und die gleiche Anzahl von Kameraden erschien,

wiederholte sich am Volkstrauertag. Damals wie heute marschierte Christian Worch nicht mit. Bei den letzten Aufmärschen in Norddeutschland war nicht nur eine Stagnation der Teilnehmerzahl zu beobachten, sondern auch, dass Worch und Wulff sich nicht mehr gemeinsam präsentierten.

Dass dies nicht Terminproblemen geschuldet war, offenbart ein internes Schreiben von Worch an Tobias Thiesen, der mit Wulff 1997 das Aktionsbüro 1997 gründete. Nachdem Thiesen im Februar dieses Jahres in einer Presseerklärung des Aktionsbüros Norddeutschland ausführte: „Auch in Hamburg marschiert nicht der Worch mit ‚seinen‘ freien Nationalisten, sondern wir alle gemeinsam – auch Worch“, setzte Worch das Rundschreiben auf und entflammte damit einen schwelenden internen Machtkampf. Nicht nur, dass Worch Thiesen vorwirft, „radikale Äußerungen dem wirklich radikalen Denken vorzuziehen“, er belehrt ihn zugleich: „Am Anfang war Michael Kühnen“, dessen politische Konzepte bilden noch „Heute die Grundzüge“ denen die „Freien Nationalisten“ folgen, „auch wenn vielen das nicht immer bewusst“ sei. Doch vor allem wirft er dem Aktionsbüro vor, den Organisationscharakter der Freien Nationalisten zu verändern. Statt auf die „freiwillige Selbstverpflichtung“ zu bauen, würden nun feste Verbindlichkeiten eingefordert. Ebenso hätte Wulff „gelo-gen“, beklagt Worch. Er unterlässt es aber, den Streitpunkt zu benennen. Das „zerstörte Vertrauen konnte (indes) nicht wieder hergestellt werden“.

Schon öfters hatte Worch Projekte von Thiesen und Wulff kritisiert. „Das Zentralorgan war mir noch nicht einmal wert“ mitzuarbeiten, beteuert Worch in dem Schreiben. Auch den Kauf des Anwesens in Amholz erklärte er gegenüber den Medien als „unklug“. Die Bausubstanz des Gebäudes bei Boizenburg sei zu marode. Seiner Kritik zum Trotz entwickelte sich das Magazin zum zentralen Organ der Freien Nationalisten und auf dem Anwesen fanden bereits mehrere Veranstaltungen der Kameradschaften statt. Der Streit hat Folgen. Häufiger ignorierten bereits die regionalen Kader aus Norddeutschland wie Jan-Steffen Holthusen, Clemens Otto und Peter Borchert Worch bei Aufmärschen. So wendeten sie sich ab, wenn er redete und unterhielten sich untereinander.

Zum „Heldengedenken“ hatten die sich im Zwist befindenden Kader wohl abgesprochen. Nach 40 Minuten war die braune Gedenkveranstaltung ohne interne Streitereien beendet. *Andreas Speit*

Aktivitäten**Schulterschluss****Neonazis und RPF treten gemeinsam auf**

Die Neonazis um Christian Worch setzen ihre Demo-Offensive im Ruhrgebiet und südlich davon fort. Mit dabei: führende Köpfe der Revolutionären Plattform.

„Völkische Gemeinschaft statt Überwachungsregime“ war das Motto, das der 21-jährige „Kameradschaftsführer“ der „freien Nationalisten“ aus Hagen/Lüdenscheid sowie ein 17-jähriger Schüler als Anmelder für die Demonstration am 17. November in Hagen ausgegeben hatten. Wer tatsächlich hinter dem Aufzug stand, berichtete das Störtebeker-Netz in bemerkenswerter Klarheit: „Organisator der Veranstaltung war Christian Worch.“

Worch, Initiator der Demo-Offensive im Ruhrgebiet und südlich davon, durfte denn auch auf der Rednerliste nicht fehlen. Es sprachen aber auch zwei Neonazis, die der um eine weitere Radikalisierung der NPD bemühten Revolutionären Plattform (RPF) zuzurechnen sind. Hartmut Wostupatsch, einer von ihnen, durfte beispielsweise das Auftaktreferat halten, als sich die RPF im Juli zum vierten Strategiekongress traf. Der Titel des Referats: „Nationaler Sozialismus – Utopie oder Programm für die Zukunft?“ Vorgestellt wurde er als „ehemaliger Aktivist“ der 1983 verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten. Wostupatsch, der in der Nähe von Würzburg lebt, soll BNR-Informationen zufolge bereits Ende der 70er Jahre für die NPD-Schülerzeitung „Volltreffer“ verantwortlich gewesen sein. Erstmals bei den seit einem Jahr in der Region zahlreicher werdenden Neonazi-Aufläufen – allein neunmal riefen sie im ersten Halbjahr 2001 ihre Kameraden dort auf die Straße – war Steffen Hupka, Gründer und Sprecher der RPF, in Hagen als Redner mit von der Partie – nachdem er zuvor schwarz-weiß-rote Fähnchen unter braune Volk gebracht hatte.

150 Neonazis lockte der Demo-Aufruf in Hagen auf die Straße. Vier Tage später waren es im 25 Kilometer entfernten Schwelm 80 Kameraden, die auf die Straße gingen – diesmal „damals wie heute“ pro Todesstrafe. Große Teilnehmerzahlen müssen es nicht sein, um eine Veranstaltung zum Erfolg werden zu lassen. Es reicht, wenn der regionale Zusammenhalt der Szene auch auf der Straße erreicht wird. Fortsetzung folgt.

Tomas Sager

Hintergrund**Jenseits der Fronten****Den Gegensatz zwischen rechts und links überwinden wollen die so genannten „Nationalen Anarchisten“. Verbindungen bestehen auch zu NPD-Funktionären.**

Als die Weimarer Republik ihrem Ende entgegen taumelte, entwickelte General Schleicher eine Strategie, die Machtübergabe an die Nazis und die mit ihnen verbündeten deutschnationalen Kräfte doch noch zu verhindern. Wenn die Demokratie, so die Analyse des Militärs, in einen Zangengriff ihrer Gegner von links und rechts genommen werde, dann müsse man die „vernünftigen“ Fraktionen dieser Gegner aus der doppelten Front herausbrechen, um sie über eine Beteiligung an der Macht in den Verfassungsbogen einzubinden. Schleicher war offen antiparlamentarisch orientiert und vor allem Gegner der Parteien. Von der Linken wollte er besonders die freien Gewerkschaften gewinnen, von der Rechten den Strasser-Flügel der NSDAP. Das fragwürdige historische Experiment war zum Scheitern bestimmt.

Trotzdem geistert seit damals der Traum von einer Überwindung der Dichotomie zwischen links und rechts durch die Köpfe zahlreicher Kader der extremen Rechten, denn dort ist man der Überzeugung, diese politische Unterscheidung sei heute mehr denn je bedeutungslos. Die „Gegner von gestern“, so greift man einen Broschürentitel Harro Schulze-Boysens auf, müssten zu „Kampfgenossen von morgen“ werden. Der eigene Anspruch, Politik jenseits der Kategorien „links“ und „rechts“ zu entwickeln, weist zurück zu der Ideenwelt nationalrevolutionärer und faschistischer Kräfte der Weimarer Republik. Vergleichbare ideologische Erscheinungen finden sich ebenso in den Entsprechungen der Konservativen Revolution anderer europäischer Länder.

„Im Grunde bilden die Revolutionäre aller Richtungen eine einzige historische ‘Partei’. Sie sind schon durch ihre revolutionäre Gesinnung jenseits aller politischen Abgrenzung miteinander verbunden.“, so Günter Bartsch, der Chronist der heutigen Nationalrevolutionäre, bereits 1987 in der einschlägigen Zeitschrift „Wir selbst“. In ideologischer Nachfolge des revolutionären Syndikalistens Georges Sorel wird die Revolution zum Ziel an und für

sich erklärt. Hinter diesem Ziel der Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft sollen alle sonstigen Differenzen verblassen.

Inhaltliches Bindeglied beider sich als revolutionär verstehender Strömungen war jeweils der positive Bezug auf die Nation. Entsprechend nehmen dies Teile der aktuellen extremen Rechten bis hin zum NHB-Funktionär Dietmar Engelhard auf: „Längst verläuft die maßgebliche Frontlinie nicht mehr im herkömmlichen Links-Rechts-Schema. Das wesentliche Gegensatzpaar heißt heute nationale Identität versus Entfremdung, Ethnopluralismus gegen One-World-Ideologie. Auf dieser Grundlage muss eine neue Freund-Feind-Definition vorgenommen werden. (...) Die deutsche Volkssubstanz ist mittlerweile so in ihren Fundamenten bedroht, dass die nationale Frage zu der entscheidenden Existenzfrage schlechthin geworden ist.“

Waren in den siebziger und achtziger Jahren die Versuche der extremen Rechten zu einer Einbeziehung systemoppositioneller Kräfte der Linken vorwiegend auf so genannte undogmatische Marxisten oder Ökologen gerichtet, so hat sich inzwischen eine Strömung herausgebildet, die – als tragikomische Parodie des historischen Querfrontkonzepts – eine Zusammenführung anarchistischer Ansätze mit Strömungen der extremen Rechten versucht. Ideologische Klammer ist wiederum die „nationale Frage“. „Nationale Anarchisten“ nennt sich dem entsprechend eine Kleingruppe um den ehemaligen „Sleipnir“-Mitherausgeber Peter Töpfer. Mit von der Partie sind ebenso Teile der „Wir selbst“-Gruppe, so deren Redakteur Mark Schenke (Offenbach), der gemeinsam mit Töpfer für August zu einem 2. „Querfront“-Treffen nach Rotenburg/Fulda beim „Wir selbst“-Redakteur Friedrich Baunack eingeladen hatte. Da die örtliche Polizei den Verdacht hatte, es könne sich bei dem Camp auf dem Grundstück des ehemaligen REP-Funktionärs Baunack um eine Veranstaltung im Rahmen der jährlichen Rudolf-Hess-Gedenkfeiern handeln, fand eine Haussuchung statt. Ergebnislos. Mehrere Teilnehmer wurden in Polizeigewahrsam genommen.

Politisch sind die Erfolge des „Querfront“-Projekts bislang eher dürftig. Zwar ist es gelungen, einige Kader der Anarchistischen Pogo Partei Deutschlands (APPD) wie deren früheren Vorsitzenden Karl Nagel oder Erik Vogel zu gewinnen, doch rekrutiert sich das Gros der Mitarbeiter aus dem Umfeld der Zeitschriften „Sleipnir“ und „Wir

selbst“. Deshalb sind nahezu zwangsläufig auch Verbindungen zu bestimmten NPD-Funktionären vorgezeichnet, so zu dem „Deutsche Stimme“-Redakteur Arne Schimmer oder dem rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Martin Laus. Auf diesem Wege gelangte „Querfront“-Akteur Luis Fernandez im Sommer als Redner zum „Antiimperialistischen Fest der Völker“ der NPD nach Kaiserslautern und am 8. September zum Pressefest der „Deutschen Stimme“ nach Grimma in Sachsen.

Ein sich als antiimperialistisch begreifender Antiamerikanismus stellt neben dem Nationalismus den ideologischen Kitt für eigentlich unvereinbare Ideologien dar. So betont „Wir selbst“-Herausgeber Siegfried Bublies in der jüngsten, unter der Überschrift „Der stille Sieg des Kapitalismus“ stehenden Ausgabe der Zeitschrift: „Die Terroranschläge in Amerika, ausgeführt und geplant von Islamisten, ändern an unserer grundsätzlichen Amerikanismus-Kritik nichts, sondern erfordern nun lediglich eine stärkere Akzentuierung.“ In dieser Vorstellungswelt ist der „Amerikanismus“ synonym mit dem „Westen“ und besonders seiner Leitideologie, dem Liberalismus. Antiamerikanismus geriert sich vor allem als Kulturkritik. Mark Schenke in seiner Selbstdarstellung auf der „Querfront“-Homepage: „Der von den Staaten der westlichen Welt verfochtene grenzenlose Individualismus führt zu einer grenzenlosen Bürokratie und Vereinsamung der Menschen. (...) Sie werden behandelt als Stimmvieh, als Melkkühe, als Konsumenten – kurz als Masse.“

Als „Versuch, aus politischen Sackgassen rauszukommen“, bewertet auf der Homepage ein Akteur, der sich „Bruno“ nennt, die Querfrontstrategie. Ein erster Anlauf zu diesem Versuch hatte im November 2000 in Berlin bei Peter Töpfer mit knapp vierzig Teilnehmern stattgefunden. „Recht schnell stellte sich heraus“, so ein Besucher, „dass die meisten der Anwesenden national waren. Darüber hinaus wuselten auch noch einige Linke und einige Unentschlossene in dem Haufen rum.“ Die Konsequenz für ihn: „Ich werde nie wieder mit platten Argumenten auf Nazis rumhacken können.“ Für Günter Deckert, den ehemaligen Vorsitzenden der NPD, noch lange kein Grund für ähnliches Entgegenkommen. Seinem früheren Mitgefangenen in der JVA Bruchsal, Erik Vogel von der APPD, wünschte er, dieser möge sich zum „pogo-homo“ wandeln. Deckerts jeder Querfront abholdes Ziel: „Dann hätte man(n/frau) die Gewissheit, dass sich ‘deine Sorte’ nicht fortpflanzt.“ *Jean Cremet*

Aktivitäten**Ausstiegsszenario****Eine medienwirksame Lebensbeichte**

„Ein BARschloch weniger!“, freute sich im Sommer das Neonazi-Heft „Zentralorgan“ über den Ausstieg des Rechtsextremisten Stefan Michael Bar. Das NIT lobte den 24-Jährigen dagegen für seinen vorbildlichen Abschied aus der Szene, ohne Kameraden zu verpetzen. Ein halbes Jahr später wussten auch Richter und Staatsanwalt im Ludwigshafener Amtsgericht nicht so genau, was sie Bar abnehmen sollen. Obwohl er im Sommer 1999 nach seiner vorzeitigen Haftentlassung sofort wieder volksverhetzende Hefte wie den „Reichsruf“ erstellt und verbreitet hatte, ließ ihn der Richter überraschend mit einem Jahr und drei Monaten auf Bewährung davonkommen. Ein Urteil, das wohl schon vor der Verhandlung abgesprochen war.

Bar sagte nichts vor Gericht. Sein Anwalt sprach dafür von einem großen Interview im ZDF als Beweis für seinen Ausstieg aus der Szene. Dass Bar auch nach der Aufzeichnung seiner Lebensbeichte bei einer NPD-Demo in Mannheim Gegendemonstranten und Journalisten filmte, störte weder den Sender noch das Gericht. Der ganze Aussteiger-Bericht sei eine „Inszenierung“ gewesen, befand der Staatsanwalt. „Frontal 21“ hatte verkündet, er sei nun aus Angst vor seinen ehemaligen Kameraden untergetaucht. Bar sei bestenfalls aus „persönlichen Gründen“ ausgestiegen, nicht weil er inzwischen „ein überzeugter Demokrat“ sei, so der Staatsanwalt. Den Staat lehne er weiter ab.

Seinen Ausstiegs-Kronzeugen hätte Bar um ein Haar noch in Bedrängnis gebracht: Werner L. vom Staatsschutz in Kaiserslautern. So erzählte Bar dem Richter, er habe sich über Monate immer wieder mit dem Beamten getroffen. Der Staatsschützer habe auch jede „Reichsruf“- und „Wehrwolf“-Ausgabe vor der Verbreitung zur Ansicht bekommen. Werner L. bestätigte vor Gericht seine „telefonischen“ und „persönlichen“ Kontakte mit Bar. Und auch die Hefte habe er bekommen. „Wir wussten so im Voraus, dass diese oder jene Schrift auftauchen könnte!“, lobte L. seine eigene Arbeit. Richter und Staatsanwalt ersparten ihm die Frage, warum er keine Ermittlungen gegen Bar eingeleitet hat. Eines konnte der Beamte klar sagen: Den Ausstieg von Bar halte er für „glaubhaft“. *Benny Bender*

Ausland**Staatliche Förderung****Wochenzeitung „Zur Zeit“ bietet ein Forum für europäische Rechtsextremisten**

Zum vierjährigen Jubiläumskongress der extrem rechten österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“ (ZZ) war am 10. November eine illustre Referentenschar ins Seminarhotel „Burg Kranichberg“ südlich von Wien angereist, um zum Thema „Europas Rechte und die Medien“ zu debattieren. Eingeladen hatten zu der konspirativ organisierten Tagung die ZZ-Herausgeber Johann Josef Dengler, ÖVP, Ex-FPÖ-Bundesrat Andreas Mölzer und FPÖ-Bundesrat John Graf Gudenus.

Angekündigt wurden zu dem Festsymposium in einer „Persönlichen Einladung“ die „bedeutendsten Vertreter der politisch erfolgreichsten demokratischen Rechts-Gruppierungen von Flandern bis Kroatien, von Frankreich bis Ungarn“. Darunter zählt ZZ, das „Zentralorgan der völkischen Rechten Österreichs“ („Süddeutsche Zeitung“), den CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, der beklagte, dass angeblich zwei Drittel der deutschen Journalisten „linker Provenienz“ zuzuordnen seien. Weiterer Debattenredner war Alfred Mechttersheimer. Erwartet worden sein soll bei dem Treffen auch Horst Mahler, der jedoch nicht erschien. Ersatz bot der ungarische Antisemit Istvan Csurka (Wahrheits- und Lebenspartei), der in seinem Referat die Attentate des 11. September als „Antwortschlag“ von „unterdrückten Völkern“ bezeichnete. Zugewogen waren ferner der Belgier Filip de Winter (Vlaams Blok) und der Franzose Bruno Mégret (MNR). Für die FPÖ nahmen die Politiker Ewald Stadler und Barbara Rosenkranz sowie der FPÖ-Berater Lothar Höbelt teil.

Pikanterweise befand sich unter den privaten Ordnungsdienstleuten ein ehemaliges Mitglied der paramilitärischen Neonazi-Truppe VAPO. BNR-Informationen zufolge soll es sich dabei um den Wiener Gerhard Endres handeln.

Der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel verteidigte im Nachhinein vor Journalisten das Rechtsextremistentreffen und verwahrte sich gegen Diffamierungen von Personen, die sich im „demokratischen Spektrum“ bewegen würden. Erst kürzlich hatte die Schüssel-Regierung 800 000 Schilling Presseförderung für ZZ genehmigt. *A.M.*

Ausland

Le Pen ist wieder da

Der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat steigert sich in der Wählergunst

„Es ist die schlechte politische Überraschung in diesem Herbst“, so beginnt der Leitartikel der Pariser Abendzeitung „Le Monde“ vom 6. November. Denn so scheint es jedenfalls: Er ist wieder da! Nachdem seine Partei sich zum Jahreswechsel 1998/99 in zwei Hälften gespalten hatte, stand der alternde Jean-Marie Le Pen – er wird im kommenden Frühjahr 74 – erstmals seit Jahren nicht im Mittelpunkt der innenpolitischen Berichterstattung. Seit nunmehr knapp zwei Jahren war der Chef des Front National (FN) beinahe völlig aus den Medien verschwunden. Die nackten Zahlen bestätigen es: Nach Angaben des französischen Medienrats CSA waren 1999 noch insgesamt drei Stunden Sendezeit auf den fünf großen TV-Kanälen der Berichterstattung über den FN gewidmet. Während der ersten sechs Monate des laufenden Jahres waren es noch 11 Minuten und 27 Sekunden.

Jetzt musste „Le Monde“ am 6. November fragen: „Wird Jean-Marie Le Pen der dritte Mann bei der Präsidentschaftswahl sein?“ Dessen Front National war bei den Europaparlaments-Wahlen 1999 auf 5,7 Prozent abgerutscht, während die rechtsextremen Dissidenten unter Bruno Mégret auf gut drei Prozent kamen. Das Umfrageinstitut Sofres sieht Le Pen Ende Oktober bereits wieder bei 11 Prozent angelangt, während Erzrivale Mégret bei Werten zwischen 0,5 und 1 Prozent pendelt. Andere Befragungen sehen Le Pen knapp unterhalb der 10-Prozent-Marke angesiedelt. „Le Pen profitiert im Stillen von der internationalen Krise“, analysiert das Blatt – vor allem aber von der Attentatsfurcht und dem aufflammenden antiarabischen Rassismus.

Doch ein Hindernis liegt noch auf dem Weg von Jean-Marie Le Pen: Jeder Kandidat zur Präsidentschaftswahl am 14. April 2002 muss mindestens 500 Unterstützungs-Unterschriften bestimmter Mandatsträger vorweisen können, um antreten zu dürfen. Bürgermeister und Abgeordnete in Départements-, Regional-, Europa- und Nationalparlamenten können so einen Bewerber stützen, nicht jedoch „einfache“ Kommunalparlamentarier. Das Potenzial von 275 Regionalparlamentariern, über das der FN seit der letzten Regionalwahl 1998 verfügte,

hat sich in Folge der Spaltung auf beide rechtsextreme Parteien aufgeteilt.

Le Pen behauptet derzeit, die erforderliche Anzahl von Unterstützungs-Versprechen beisammen zu haben; die endgültige, rechtsgültige Unterschrift auf einem offiziellen Formular wird erst im Frühjahr kurz vor der Wahl fällig sein. Mégret seinerseits scheint erhebliche Schwierigkeiten in dieser Hinsicht zu haben. Unterdessen lässt aber „Le Monde“ zwischen den Zeilen durchblicken, dass der konservative RPR möglicherweise Mégret diskret dabei helfen könnte, mit Hilfe mancher neogaullistischen Bürgermeister die 500 Unterschriften einzufahren. Dies scheint jedenfalls hinter den Kulissen erwogen zu werden – aus der Furcht heraus, dass Le Pen erneut ein hohes Wahlergebnis auf Kosten der parlamentarischen Rechten erziele. Eine Aufsplitterung des rechtsnationalen Wählerpotenzials auf mehrere Kandidaten könnte entsprechend die „Schadenskapazität“ Le Pens vermindern. Trifft dies zu, dann stößt das macchiavellistische Kalkül aber an seine Grenzen – denn die bürgerliche Rechte müsste einen Wahlaufbruch Mégrets zu ihren Gunsten im zweiten Wahlgang dulden.

Manche MNR-Kader hat das derzeitige Kräfteverhältnis der beiden rechtsextremen Parteiführer unterdessen dazu bewogen, die Fronten zu wechseln, ehe es für sie zu spät ist. Am 5. November beschloss der MNR-Regionalparlamentarier in Lille, Steeve Briois, zum „traditionellen“ FN überzulaufen, nachdem er 1999 den „Dissidenten“ unter Mégret gefolgt war. Am 9. November tat der Bezirkssekretär des MNR im ostfranzösischen Département Meuse (Maas) den selben Schritt. Am gleichen Tag verkündete der amtierende FN-Generalsekretär Carl Lang, „die Tür“ seiner Partei stehe den Enttäuschten des MNR „offen“. Hingegen erklärte Le Pen gegenüber der Boulevardzeitung „Le Parisien“, über die Wiederaufnahme ehemaliger „Dissidenten“ werde nur per Einzelfallprüfung der Disziplinar-Kommission der Partei entschieden. Unterdessen verkündet die FN-Parteizeitung „National Hebdo“ am 22. November: „Neue MNR-Mandatsträger schließen sich dem FN an“.

Jean Marie Le Pen hat unterdessen bereits damit begonnen, Plakate zu kleben lassen. So prangen im Pariser Osten einige Konterfeis des FN-Präsidenten, auf denen dieser in schlechtem Französisch versprach: „Résoudre l'immigration, je m'y engage“ – was wörtlich hieße: „Die Immigration lösen, ich gebe mein Wort.“

Bernhard Schmid

Ausland

Der „Rassenkrieg“

Rechtsextremisten wollen von geschürten ethnischen Spannungen profitieren.

Mitte des Jahres gerieten mehrere nordenglische Städte in die Schlagzeilen. Als „Rassenunruhen“ wurden die wochenlangen Angriffe von Rassisten und die Reaktionen der asiatischen Bürger von den Medien bezeichnet. Oldham, ein früheres Zentrum der Textilindustrie war neben Bradford Brennpunkt der Konflikte. Das öffentliche Interesse hat mit dem Ende der regelmäßigen Angriffe nachgelassen, das Problem der rassistischen Spannung und der Aktivität rechtsextremer Parteien besteht nach wie vor.

Aus diesem Grund rief am 14. November die Organisation Oldham united against Racism (OUAR) zu einer Versammlung in die Stadthalle. Dort wurde die „Coalition against BNP“ gegründet. Es sprachen neben dem Generalsekretär des britischen Trade Union Congress John Monks, Ashid Ali, Vertreter der Oldham Bangladeshi Youth Association, und David Arnold von der jüdischen Gemeinde Manchester. Die Gründung der Coalition war der Auftakt für eine Informationskampagne gegen die BNP – die British National Party und die kleinere neonazistische Organisation National Front (NF). „Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wissen mit wem sie es wirklich zu tun haben“, sagte Mike Luft, Aktivist bei OUAR. Erklärtes Ziel der Kampagne ist es „den Einzug der Faschisten in den Stadtrat zu verhindern“, so Luft.

Auch die BNP hat bereits ihren Blick auf die Kommunalwahlen im kommenden Mai gerichtet und ihren Wahlkampf gestartet. Sie sieht in diesen Wahlen die Möglichkeit, ihren politischen Einfluss entscheidend auszudehnen: „At the end of the electoral cycle we would be transformed into a mainstream mass movement“ (Am Ende der Wahlperiode werden wir in eine Massenbewegung umgewandelt sein), erklärte dazu Paul Golding, Verantwortlicher für die Öffentlichkeitsarbeit bei der BNP. Und die Chancen für einen Sitzgewinn der BNP stehen augenblicklich gut, hatte doch BNP-Chef Nick Griffin bei den Parlamentswahlen am 8. Juni 16 Prozent der Stimmen in Oldham West erhalten. Im zweiten Wahlkreis Oldham East kam die BNP auf ein zweistelliges Ergebnis, elf Prozent stimmten für Mike Treacy.

Den Wahlen vorausgegangen waren wiederholt aufflammende Auseinandersetzungen seit 21. April dieses Jahres. Auslöser hierfür war ein Überfall am auf den Rentner Walter Chaimberlain. Er wurde von drei jugendlichen Bangladeschi ausgeraubt und verletzt. Dieser Vorfall wurde von der Polizei zum rassistischen Angriff erklärt, ungeachtet der Tatsache, dass Chaimberlain mehrfach erklärte, aus rein kriminellen Gründen angegriffen worden zu sein. Im anschließenden Medienspektakel griff die Vorstellung von no-go Areas für Weiße Raum. Die NF erklärte den „Rassenkrieg“ und meldete für den Mai zwei Demonstrationen in der Stadt an. Im Zuge ihres „Rassenkrieges“ mobilisierte die NF dann mit Sympathisanten der rechtsextremen Organisation Combat 18 zu den samstäglichen Fußballspielen in Oldham. Es kam zu regelmäßigen Angriffen auf das Leben und Eigentum von Menschen mit asiatischem Hintergrund. Auch vor dem 21. April war der Nährboden für solcherlei Agitation gut. Oldham ist nach der Deindustrialisierung in den 80ern ein sozialer Brennpunkt. Besonders betroffen sind die 25 Prozent asiatischer Bewohner, bei ihnen beträgt die Arbeitslosigkeit 16 bis 25 Prozent. Zudem sind sie strukturell mit Wohnraum und Bildungsangeboten unterversorgt. Das Resultat ist seit langem die faktische Segregation der Ethnien – getrennte Wohngebiete, getrennte Schulen...

Von der NF mobilisiert, griffen Oldhamer Rassenisten einige Wochen später die Breeze Hill Highschool an, die zu 80 Prozent von asiatischen Jugendlichen besucht wird. Über die Dauer von vier Tagen wurden Lehrer wie Schüler bedroht und verletzt. Am Wochenende um den 26. Mai kam es zu den folgenschwersten Ausschreitungen. Während mehrerer Nächte lieferten sich 500 asiatische Jugendliche, Einsatzpolizei und mehrere hundert Rassenisten Straßenschlachten. Ihren Beginn fanden sie im vorwiegend von Asiaten bewohnten Stadtteil Glodwick, als gezielt asiatische Menschen – darunter Kinder, Alte sowie eine schwangere Frau – während einer Aktion der NF verletzt wurden. Von den so entfachten rassistischen Spannungen profitierte die BNP bei den Wahlen. Erst dann entschied BNP-Chef Griffin, in Oldham zu kandidieren. Die BNP suchte sich, so Mike Luft, als das „respektable Gesicht des Rassismus“ zu gerieren und distanzierte sich formal von der NF. Sie forderte im Wahlkampf die Schaffung so genannter „peacelines“ – sprich Mauern zwischen ghettoisierten Vierteln nach nordirischem Vorbild. Des Weiteren profilierte sie sich mit einem Aufruf zum Boykott asiatischer Geschäfte.

Matthias Pfeiffer

Hintergrund

Rom schweigt weiter

Der Vatikan verweigert sich der Aufklärung über seine Rolle in der NS-Zeit

Seit 1963 Rolf Hochhuth mit seinem Buch „Der Stellvertreter“ die Diskussion über die Rolle des Vatikan während der Shoa eröffnet hat, gibt es keine befriedigende Antwort aus Rom. Papst Paul VI. hatte bereits ein Jahr nach Hochhuths Publikation vier Jesuiten beauftragt, mit der Veröffentlichung von Dokumenten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs zu beginnen. Elf Bände waren bis 1981 erschienen – weitgehend unbeachtet. Parallel dazu drängten jüdische sowie prominente katholische Kirchenhistoriker den Vatikan, seine Archive zumindest für eine kleine Zahl unabhängiger Experten zu öffnen. Die Motive lagen auf der Hand: Jesuiten sind keine unabhängigen, weisungsfreien Forscher. Der Kirchenstaat zögerte fast zwei Jahrzehnte lang, ehe beide Seiten im Oktober 1999 einen Kompromiss fanden: sechs katholische und sechs jüdische Historiker sollten kooperativ jene elf Bände durcharbeiten, die Rolle speziell von Papst Pius XII. prüfen und dann Fragen stellen. Bereits nachdem sie sich zum ersten Mal getroffen hatten, baten sie darum, die Ausgangslage zu verbessern und sie in die Archive zu lassen, weil „die Suche nach Wahrheit am besten möglich ist, wenn es freien Zugang zu den Archiven gibt ... Es ist eindeutig, dass trotz der elf Bände wichtige Puzzle-teile fehlen.“ Die Antwort aus Rom war eindeutig: „Nein!“ So gingen die Männer und Frauen trotzdem an die Arbeit. Dabei fiel ihnen bald auf, dass etliche Dokumente offensichtlich unvollständig publiziert worden waren. Es entstand der Verdacht der Manipulation durch Weglassen.

Im Oktober 2000 waren die Experten wie vereinbart fertig und stellten 47 Fragen. Sie galten vor allem kurzen Erwähnungen ohne die dazu gehörenden Kernaussagen, die aber zum Verständnis unabdingbar waren, oder um nachweisbare Mitteilungen an den Vatikan, die freilich nirgendwo in den elf Bänden auftauchten. Hier wurde um Aufklärung gebeten, außerdem erneut um Zugang zu den Archivbeständen. Man müsse nämlich unmittelbar prüfen, welche Rolle bestimmte Persönlichkeiten des Vatikan seinerzeit gespielt hätten. Die Antwort war dieselbe: „Nein!“ Danach wollten die elf noch lebenden Fachleute wissen, – die katho-

lische Kollegin Eva Fleischner war gestorben – wann mit den Antworten auf die 47 Fragen zu rechnen sei. Diesmal gab es gar keine Antwort. Nachfrage: Ob überhaupt damit zu rechnen sei?“ „Nein!“ Nun reichte es der Kommission und sie trat zurück.

Was nun den unmittelbaren Zugang zu den Archiven in den Verliesen des Vatikan betrifft, so gibt es durchaus Gründe für die Verweigerung. Auf sie hat jetzt Ernst-Ludwig Ehrlich in der Schweizer Zeitschrift „Tacheles“ hingewiesen. Ehrlich ist jüdische Theologe und Vizepräsident der europäischen B'nai Brith-Logen. Gegen die Öffnung sprächen der „Datenschutz oder die Tatsache, dass die politischen Kriegseignisse nicht gesondert archiviert sind, sondern sich in den allgemeinen vatikanischen Akten befinden, die auch sehr viel anderes enthalten und mit dem behandelten Thema nichts zu tun haben.“ Heftige Kritik übt Ehrlich daran, dass der Vatikan die 47 Fragen der Experten schlichtweg nicht beantwortet. „Dies wäre ohne weiteres möglich gewesen, wenn der Vatikan zwei oder drei ihm vertrauenswürdige Persönlichkeiten beauftragt hätte, die erwähnten Fragen zu prüfen, da die betreffenden Textpassagen durch den Historikerbericht relativ leicht auffindbar geworden sind. Dass die Archive ungeordnet seien, wird niemand behaupten können, denn die elf veröffentlichten Bände hätten ja sonst nicht entstehen können.“

Um an einem Beispiel zu zeigen, wie Fragen lauten: Im März 1944 schrieb Pius XII. an den Berliner Bischof Konrad von Preysing: „Vor mir liegen Ihre acht Briefe von 1943 und fünf Briefe von 1944.“ Jeder Laie würde zu erfahren suchen, was Preysing dem Papst geschrieben hat. Dass es um die Deportation von Juden gegangen ist, kann man nahezu ausschließen, denn 1943 war Berlin längst „judenfrei“. Dafür hatten unter anderem Propagandaminister Joseph Goebbels und Rüstungsminister Albert Speer gesorgt. Was also stand in den Briefen? Die Kommission schrieb in ihren Katalog: „Gibt es diese Briefe in den Archiven und können wir sie sehen?“ Bisherige Antwort: Nein!“

Es geht um die Kenntnisse des Vatikan. Der tut sich keinen Gefallen mit seiner kompromisslosen Verweigerung. Irgendwann muss er ja doch antworten. Je eher – von „früh“ kann 56 Jahre nach dem Ende des Holocaust nicht mehr gesprochen werden – er das tut, desto besser ist es für ihn. Je länger er zögert, desto schwerer wiegt der Verdacht, dass das Zentrum der katholischen Kirche Schlimmes zu verbergen hat.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Was ist ein Fremder?****Autoren im Gespräch mit Jugendlichen**

Der November ist ein Monat des Gedenkens. An Themen aus der deutschen Geschichte fehlt es in diesem Monat nicht. 2001 standen auch dank einer bundesweiten Lese-Aktion des Deutschen Schriftstellerverbandes (VS) „Wider das Vergessen“ die Novembertage 1938 im Mittelpunkt des gemeinsamen Rückblicks, die Pogromnacht des 9. November, die antijüdischen Ausschreitungen, Überfälle, Verhaftungen und Brandschatzungen. Berühmte und weniger bekannte Autoren – vom Liedermacher bis zum Krimischreiber, vom Fernsehautor bis zum Romancier, vom Satiriker bis zum Poeten – gingen in Schulen und lasen wider das Vergessen aus eigenen Werken und aus einem Buch des in Marokko geborenen und in Paris lebenden Schriftstellers Thar Ben Jelloun „Papa, was ist ein Fremder?“

In einfachen Worten beantwortet der Autor Fragen seiner 10-jährigen Tochter Mérièm zu Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus. Den Lesungen schlossen sich Diskussionen an. Dabei bestätigte sich, was der Schirmherr der Aktion, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, im Geleitwort bemerkte: „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt, in Schulen, Klubs, Initiativen das Gespräch zu suchen mit jenen Menschen, die sich öffentlich für die Demokratie engagieren, die der schleichenden Verbreitung von Angst entgegenzutreten.“ Das Berliner Andreas-Gymnasium nutzte die Veranstaltung, um in Anwesenheit eines Autors und Holocaust-Überlebenden ein „Gesamtkunstwerk“ zu enthüllen. Die Schüler hatten die Aufforderung „Gesicht zeigen gegen rechts“ wörtlich genommen und ihre Porträts mit Stellungnahmen gegen Neonazismus und rechte Gewalt versehen. Diese Bilder und Bekenntnisse waren verkleinert und zu einem Kopf gestaltet worden, in dem man unschwer den amerikanischen Bürgerrechtler Martin Luther King erkannte.

Im Gespräch bewegte sie die Frage, warum sich Antisemitismus und Nationalsozialismus gerade in Deutschland so schnell ausbreiten und nach den schmerzlichen Erfahrungen der Vergangenheit erneuern konnten. Auch gewöhnlich nicht eben zart besaiteten 14- bis 17-Jährigen standen Tränen in

den Augen, als der Autor eine Episode las, wie er vor 57 Jahren – jünger als sie heute – Abschied von seiner Mutter nehmen musste, die in der Aula einer Leipziger Schule auf den Abtransport ins Vernichtungslager wartete. In der Lise-Meitner-Oberschule Strausberg bezogen sich die meisten Fragen auf die Geschichte des jüdischen Volkes: Wo haben die Juden früher gelebt? Wie kommt es, dass sie über die ganze Welt verstreut und in Ghettos leben mussten? Haben sie ein Recht auf Palästina, das schon so lange von Arabern bewohnt wird? Zwei Unterrichtsstunden und eine gestrichene Pause genügten nicht, um alles restlos zu erklären. Man vereinbarte, sich im Jüdischen Museum in Berlin wiederzusehen und das Gespräch fortzusetzen.

Gleich im Jüdischen Museum traf sich eine Trepptower Schule. Nach der Besichtigung fanden sich die Jugendlichen zu einer Podiumsdiskussion zusammen. Da begann das Gespräch mit Fragen nach dem Ablauf des jüdischen Jahres und der jüdischen Feste, nach den Rassegesetzen und der Shoa, aber dann kamen auch kritische Bemerkungen: Warum wurde so lange um das Holocaust-Mahnmal gestritten und dann die Riesenversion beschlossen, die kaum jemand wollte? Wird Antisemitismus nicht künstlich hochgespielt, obwohl es ihn kaum noch gibt? Muss es für die wenigen Juden in Berlin ein eigenes Gymnasium geben, isolieren sie sich damit nicht selbst? Solche Einwände boten willkommene Gelegenheit, Irrtümer aufzuklären, Wissenslücken zu schließen.

Manche Fragen, die in vielen Schulen gestellt wurden, stimmen nachdenklich. Die meisten Teilnehmer distanzierten sich demonstrativ von den Neonazis, auch von Altersgefährten, die sich den Skinheads angeschlossen haben. Aber sie bestritten deren politische Orientierung: „Die wissen doch selbst nicht, was sie wollen. Die wollen nur irgendwie angeben und auffallen.“ Dass freundliche Neugier für Religion, Kultur und Lebensweise der Juden, ehrliches Mitgefühl für ihr tragisches Schicksal noch keine Normalität bedeutet, macht die wiederholte (und ehrlich gemeinte) Frage deutlich: Warum bleiben denn Juden in Deutschland? Warum setzen sie sich solchen Ängsten aus? An den Berliner Schulen wurden bei der Lese-Aktion Postkarten mit zwei ABC-Schützen auf dem Schulweg und dem Wortspiel verteilt: „Tolle Ranzen kann man lernen.“ Vielleicht kann man im nächsten Jahr den Ausspruch eines Andreas-Schülers illustrieren: „Die Ausländer müssten jedes Jahr einen besten Deutschen wählen.“

Ralf Bachmann

Demokratische Initiativen**Gescheiterter Held**

Dem verhinderten Hitler-Attentäter Georg Elser blieb die öffentliche Anerkennung bislang weitgehend versagt.

Am 4. Januar 2003 wäre Georg Elser 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass soll er endlich mit einer Sonderbriefmarke der Deutschen Post geehrt werden. So wollen es zumindest verschiedene antifaschistische Gruppen, darunter die Georg-Elser-Initiative in Bremen. Sie rufen dazu auf, eine entsprechende Unterschriftenaktion zu unterstützen.

Zu einer Zeit, als das Nazi-Regime geradezu unbesiegbar erschien und Adolf Hitler sich auf eine breite Unterstützung im deutschen Volk verlassen konnte, schlug Georg Elser zu. Am 8. November 1939 verübte der 36-jährige Schreinergereselle ein Attentat auf den „Führer“ und Reichskanzler.

Als erster Nazi-Gegner kam Georg Elser dem Ziel denkbar nahe, Hitler auszuschalten und den im September 1939 begonnenen Krieg zu beenden. Elser bezahlte den Versuch mit seinem Leben. Er hatte auf sich allein gestellt und ohne großes theoretisches Rüstzeug gehandelt, und er genoss keinen Rückhalt einer Gruppe, Organisation oder Partei. Aus den allgemein zugänglichen Informationen über Deutschlands Politik zog er die Schlussfolgerung: Hitler muss weg!

Rückblende: Bereits im Herbst 1938 beginnt Georg Elser mit den Vorbereitungen für den Anschlag im Bürgerbräukeller in München. Im März gibt er seinen Job auf und widmet sich ganz und gar seinem Plan. Ab August 1939 lebt er in der Bayern-Metropole, lässt sich bis November in 30 Nächten in dem Lokal einschließen und präpariert dann die Säule über Hitlers Rednerpult. Am 8. November 1939 verlässt der „Führer“ bereits um 21.07 Uhr den Saal, wesentlich zeitiger als bei seinen früheren Reden im Bürgerbräukeller. 13 Minuten später explodiert der Sprengkörper und Hitlers Rednerpult verwandelt sich in einen meterhohen Schutthaufen. Acht Menschen werden bei der Elser-Aktion getötet, rund 60 verletzt.

Etwa eine halbe Stunde vor der Explosion wird der Attentäter von zwei Zollbeamten verhaftet – und zwar wegen seines Versuchs, illegal in die Schweiz zu gelangen.

Die Nazis können sich einfach nicht vorstellen, dass Elser keine Helfer gehabt hatte. Sie sehen in ihm ein „Instrument des britischen Geheimdienstes“. Reichspropagandaminister Joseph Goebbels notiert in seinem Tagebuch kurz und knapp: „Das Werk des Secret Service“. Elser hingegen macht bei seinen langen Verhören deutlich, dass er Hitler aus Angst vor einem Weltkrieg töten wollte und auf die Nationalsozialisten nichts gibt, weil sie ihr Versprechen nicht eingehalten hätten, dass es der Arbeiterschicht besser gehen solle.

Nach dem siegreich beendeten Krieg will die Nazi-Führung Georg Elser vor Gericht stellen. Sie denkt an einen Schauprozess im „befreiten“ London. Der Hitler-Angreifer bleibt deshalb am Leben. Als „Sonderhäftling“ wird er ab 1940 im Konzentrationslager Sachsenhausen eingesperrt und Anfang 1945 in das KZ Dachau gebracht. Auf Weisung „von höchster Stelle“ wird Georg Elser am 9. April 1945, also wenige Tage vor dem vollständigen Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“, erschossen.

„Ein Gelingen seiner Tat“, stellen Peter Steinbach und Johannes Tuchel im Vorwort zu einer Wanderausstellung zum Leben von Georg Elser fest, „hätte sowohl die Ausweitung des im Herbst 1939 begonnenen Krieges, als auch den Massenmord an den Juden Europas verhindern können.“ Die öffentliche Anerkennung Georg Elzers blieb jedoch nach dem Ende der NS-Herrschaft weitgehend aus.

Thomas Klaus

Hinweis

Berlin – „Lokale Jugendinitiativen stärken! Konferenz zu antifaschistischer Jugendarbeit vor Ort“ lautet das Thema einer Veranstaltung der PDS-Bundestagsfraktion am 8. Dezember. Beleuchtet wird dabei unter anderem, wie Kommunen Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus sowie zivilgesellschaftliche Strukturen unterstützen können. Auf drei Podien wollen die Veranstalter mit Jugendinitiativen, Kommunalpolitikern und prominenten Gästen diskutieren, um auch das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Die Konferenz findet am 8. Dezember von 14.00 bis circa 21.30 Uhr statt im Tagungs- und Veranstaltungszentrum PALISA.DE, Palisadenstraße 48, Berlin-Friedrichshain.

Info: PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag, Susanne Bartholmes, Tel. 030 /22773018, fax - /22776017, E-Mail: sabine.juenger@bundestag.de

Bücherschau**Verwirrte Jugend**

Der frühere militante Neonazi und Gründer des Aussteigerprogramms „Exit“ in Schweden, Kent Lindahl, hat seine Autobiografie veröffentlicht.

Kent Lindahl erzählt eine schwedische Jugend fernab des Ikea-Idylls. Eine, die von Gefühlskälte in der Familie geprägt ist, von Alkoholismus und Drogenkonsum, Gewaltexzessen und Beteiligung am organisierten Verbrechen. Der Autor unterteilt sein bisheriges Leben in drei Phasen: Zu Beginn des Buches schildert er die Kindheit in einer Stockholmer Arbeiterfamilie; beschreibt Entwicklungen und Ereignisse, denen er zentrale Bedeutung für den späteren Einstieg in die Neonazi-Szene beimisst. Im Hauptteil berichtet Lindahl aus rund zehn Jugendjahren, in denen er sich zunächst neonazistischen Skinhead-Gruppen anschließt, dann rechts-extremistischen Zirkeln außerhalb des Skin-Kults zuwendet und sich später in einer mafiösen Connection an kriminellen Akten von Raubüberfall bis Drogenhandel, aber ohne politische Ziele beteiligt. Zum Schluss beschreibt der Autor die Abkehr von der neonazistischen und der kriminellen Szene. Wie bei anderen Rechtsextremisten vollzieht sich diese eher als allmählicher und schmerzhafter Rückzugsprozess denn als urplötzlicher Ausstieg. Auf den letzten Seiten des Buches schreibt der heute 37-Jährige über die Gründung des Aussteigerprogramms „Exit“ in Schweden und die bürokratischen Hürden, die das auch in Deutschland vielversprechend gestartete Projekt nehmen musste.

Eingehend schildert der Autor die inneren Widersprüche einer zwischen Nazi-Ideologie und blinder Gewalt, Elitedenken und exzessivem Drogenkonsum wankenden Szene. Zu den ersten Ereignissen, die seinen Glauben an das Neonazi-Lager erschüttern, zählt die Begegnung mit der englischen Skinhead-Ikone Ian Stuart (Skrewdriver). Stuart bietet dem fassungslosen schwedischen Kameraden zu vorgerückter Stunde eine Gratis-Probe Heroin an, während er in seinen Liedern Junkies als Abschaum der Gesellschaft besingt. Am Beispiel des Multiaktivisten Stuart werden auch Vernetzung und internationale Kontakte der Skinhead-Szene deutlich, die Lindahl allerdings nur an wenigen Stellen detailliert ausführt. Eigene Treffen mit Kameraden im Ausland – auch in Deutschland – nennt

er zwar, mit wem sie stattfanden und welchen konkreten Zielen sie dienten, bleibt jedoch unklar. Auch mehrere Skinhead-Konzerte werden beschrieben; Lindahl liefert aber kaum Hintergründe zur Planung und Organisation solcher Veranstaltungen. Dagegen neigt der Autor zur Redundanz, wenn er schwedische Skinheads immer wieder als alkoholseelige, gestörte Persönlichkeiten beschreibt.

Interessant ist die Verbindung von Skinhead- und sonstiger Neonazi-Szene mit dem kriminellen Milieu, die das Buch deutlich macht. Lindahls Biografie steht exemplarisch: „Es gibt in der nationalen Bewegung tatsächlich Knaben, die nicht vorbestraft sind und die sich von jedem Verbrechen fern halten. Aber die große Mehrheit ist in so ganz gewöhnliche Delikte verwickelt wie Körperverletzung, kleinere Diebstähle, Autos knacken, Schulden eintreiben und Ähnliches“. Die Polizei fasst Lindahl nur selten. Während seiner dreimonatigen Haft im Gefängnis von Svartsjö trifft er auf den Berufsverbrecher Tommy, der zur neuen Leitfigur wird, den Abkehrprozess des Noch-Neonazis von der Ideologie unterstützt und die Karriere im unpolitischen Kriminellenmilieu einleitet. En passant übt Lindahl heftige Kritik am liberalen schwedischen Strafvollzug: „Wie kann jemand glauben, man würde von Verbrechen abgeschreckt werden, wenn man beim ersten Mal in so einem ‘Wohnheim’ landet“, schreibt er über Svartsjö.

Der Autor gewährt tiefe Einblicke in seine Jugend, oft auch in seine Psyche. Trotz zweier Mittelsleute, die an der deutschen Ausgabe des Buches beteiligt sind – der Ghostwriter und die Übersetzerin –, liest es sich als authentische Schilderung seiner Biografie. Sprachlich irritierend sind allerdings die gelegentlichen Stil- und Perspektivbrüche des Buches. Der Ich-Erzähler wechselt zwischen einem groben Jargon, der offenbar für den jugendlichen Skinhead Kent Lindahl steht, und den rasonierenden, aus der zeitlichen Distanz formulierten Ausführungen des erwachsenen Autors. Der Schwerpunkt auf eindringlicher Milieuschilderung und persönlich Erlebtem ist sowohl Stärke als auch Schwäche des Buches. Wer hofft, aus erster Hand auch einen soliden Überblick über die Szenerie rechtsextremistischer Gruppen und Führungspersonen in Schweden zu erhalten, wird weitgehend enttäuscht.

Thomas Pfeiffer

Kent Lindahl und Janne Mattsson, Exit. Ein Neonazi steigt aus, Aus dem Schwedischen von Sigrid Engeler, München 2001 (dtv), 290 Seiten, 17,70 Mark

Bücherschau**Vielschichtige Szene**

Skinheads werden über die Medien in der Regel als gewaltbereite, hasserfüllte und rechtsextremistische Glatzenträger wahrgenommen. Dieses Bild trifft sicherlich auch zu, ignoriert aber andere Aspekte der jugendlichen Subkultur. Darüber hinaus blendet die einseitige Fixierung auf eine solche Vorstellung die Entstehung, Entwicklung und Politisierung dieser in vielen Ländern vorhandenen Szene aus der Betrachtung aus. Ihr widmet sich Christian Menhorn in seinem Buch „Skinheads: Portrait einer Subkultur“, das auf einer grundlegenden Kenntnis und inhaltlichen Auswertung von zahlreichen Informationen und Materialien aus der Szene selbst basiert. Der Autor will darin die globale Entwicklung der Skinhead-Bewegung in einer historischen Rückschau beschreiben und entgegen des Medienbildes auf die Vielschichtigkeit des Szenekultes aufmerksam machen.

Zunächst beschreibt er die Entstehung der Skinheads aus den Umbrüchen in der britischen Gesellschaft und Jugendkultur Ende der sechziger Jahre und geht auf die Bedeutung von Fußball, Gewalt und Kleidung als Szene-Merkmale ein. Danach steht die Neuentwicklung der Skinheads Ende der siebziger Jahre bezogen auf ihr Verhältnis zur Punk-Szene und die rechtsextremistische Politisierung im Mittelpunkt. Anschließend beschreibt Menhorn die Entstehung von derart ausgerichteten Strukturen wie „Blood&Honour“ und die „Hammerskins“, aber auch die Gegenbewegung in Gestalt der anti-rassistischen SHARP- und „Redskins“. Die internationale Verbreitung der Skinhead-Szene von den USA und Schweden über Frankreich und Italien bis nach Osteuropa und Japan steht danach im Zentrum der Darstellung. Dem folgend widmet sich Menhorn detailliert der Situation in Deutschland bezogen auf die Herausbildung einer solchen Szene Ende der siebziger Jahre, deren Entwicklung bis in die Gegenwart hinein und den meist gescheiterten Strukturierungsversuchen. Die letzten beiden Kapitel befassen sich ausführlich mit der Skinhead-Musik und den Fanzines als Binde- und Kommunikationsfaktoren der Subkultur.

Der Autor sieht in der Fixierung auf die gewaltbereite und rechtsextremistische Dimension der Skinhead-Szene eine einseitige Betrachtungsweise, die den subkulturellen Hintergrund ebenso wenig

beachtet wie die Attraktivität für Jugendliche. Darüber hinaus gibt er beachtenswerte Hinweise auf die Ursachen für die Politisierung bis hin zum Rechtsextremismus: Neben mentalen Vorprägungen wie die Geneigtheit zur Gewaltanwendung oder die Herkunft aus dem autoritär geprägten Arbeitermilieu spielten auch fremdenfeindliche Stimmungen in der Gesellschaft und Einflüsse von rechtsextremistischen Organisationen eine wichtige Rolle. In Deutschland scheiterten zunächst die Vereinnahmungsversuche von Neonazis, eher kann von einer Politisierung aus der Szene selbst heraus gesprochen werden. Deren öffentliches Image und der Reiz des Tabubruchs wirkten darüber hinaus ebenfalls attraktiv für manche Jugendliche.

Menhorn zeichnet die Entwicklung der Skinhead-Bewegung anhand zahlreicher Originalquellen nach und erweist sich als hervorragender Kenner der Materie. Dabei gelingt es ihm, zahlreiche weit verbreitete Auffassungen über diese Jugendkultur zu korrigieren. Hierzu gehören die Hinweise auf den zunächst unpolitischen Charakter der Skinheads ebenso wie die Anmerkungen zur politischen Bedeutung der Schnürsenkel. Insbesondere die Ausführungen zu Verlauf und Ursachen des Politisierungsprozesses verdienen Aufmerksamkeit, lassen sich hieraus doch wichtige Erkenntnisse für die Analyse einer solchen Jugendkultur ableiten. Ab und an hätte man sich vielleicht noch gesonderte problemorientierte Ausführungen gewünscht, sei es in Form einer systematischen Diskussion der Bedingungsfaktoren für die Politisierung, sei es in Gestalt einer Erörterung der Ursachen für die länderübergreifende Verbreitung der Jugendkultur. Diese kritischen Anmerkungen wollen und können allerdings den Wert des Buches nicht mindern. Es kann als das Standardwerk zum Thema Skinheads angesehen werden.

Armin Pfahl-Traugher

Christian Menhorn, Skinheads: Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001 (Nomos Verlagsgesellschaft), 289 Seiten, 78 Mark

Hinweis

Braunschweig – Der Internationale Arbeitskreis Sonnenberg e.V. veranstaltet vom 9. bis 16. Dezember im Haus Sonnenberg in St. Andreasberg im Harz eine Jugendtagung „Das lange Echo des Nationalsozialismus – lange her, aber nicht vorbei...“. Info: Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg e.V., Bankplatz 8, 38100 Braunschweig; Tel. 0531/24364-0, Fax -/24364-50; E-Mail: Sonnenberg@tu-clausthal.de; <http://www.tu-clausthal.de/v/ihs>

Meldungen**Inland**

■ **Bad Bevensen** – Mitglieder und Förderer des extrem rechten „Freundschafts- und Hilfswerkes Ost e.V.“ (FHwO; Motto: „Deutsche helfen Deutschen zuerst!“) wurde dieser Tage ein Spendenaufruf zugestellt. Gezielt will das FHwO damit „unsere deutschen Landsleute jenseits von Oder und Neisse“ unterstützen. FHwO-Vorsitzender ist Klaus Hoffmann (Jg. 1940), zeitweilig NPD-Bundesvorstandsmitglied, ehemals niedersächsischer Gauführer der Wiking-Jugend. Hoffmann, Leserbriefschreiber in „Nation&Europa“, bezeichnet sich selbst als „langjährigen Kämpfer für die nationale Sache“. Das FHwO wird in der dem Bundestag vorgelegten Materialsammlung der Verfassungsschutzbehörden zum NPD-Verbot erwähnt.

■ **Berlin** – Der bislang als Hardcore-Neonazi bekannte Detlef Nolde (vormals: Cholewa; Jg. 1969), hat Eigenangaben zufolge die braune Szene verlassen. Nolde, ehemals NPD-Chef von Ost-Berlin, FAP-Kader, Direktkandidat der „Nationalen“, Gründer der Kameradschaften „Treptow“ und „Köpenick“, maßgeblicher Anti-Antifa-Aktivist, saß zuletzt bis Ende 1999 wegen zweifacher gefährlicher Körperverletzung sowie der Beteiligung an einer Schlägerei ein. Bei der „Schlägerei“ im Frühjahr 1997 waren die Neonazis Chris Danneil, der Leiter der Kameradschaft Elbe-Ost, und dessen Mitstreiter Olaf Schmidtke, durch Messerstiche getötet worden.

■ **Berlin** – In den ersten neun Monaten dieses Jahres haben 68 Demonstrationen stattgefunden, an denen Vertreter von NPD und neonazistischer Kameradschaften gemeinsam teilgenommen haben. Dies teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion mit. Im Jahr 2000 wurden von NPD und Neonazis demnach 56 gemeinsame Demonstrationen durchgeführt. Insgesamt sind in den vergangenen fünf Jahren 249 Aufmärsche bekanntgeworden, an denen NPD-Verbände und Neonazis beteiligt waren.

■ **Dresden** – Die Staatsanwaltschaft Dresden hat gegen den führenden Kopf der deutschen „Hammerskins“, Mirko Hesse aus Hohwald, Anklage erhoben. Die Ermittler werfen dem 26-Jährigen Volksverhetzung, Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und Ver-

stöße gegen das Waffengesetz vor. Hesse soll unter anderem die Pressung von 8000 Exemplaren der Landser-CD „Ran an den Feind“ und 3000 Exemplaren der CD „Deutsches Volk erwache!“ von DST in Auftrag gegeben haben, um sie anschließend zu vertreiben. Bei einer Durchsuchung im Sommer waren außerdem Schusswaffen und Schlagringe sichergestellt worden. Seit Mitte Juli sitzt der 26-Jährige in Untersuchungshaft. Mirko Hesse gehört zu den einflussreichsten Figuren der Rechtsrock-Szene in Deutschland. In den 90er Jahren hatte er das Szene-Heft „Hass Attacke“ herausgegeben und das Label „H.A. Records“ geführt. Zuletzt konzentrierte er sich verstärkt um den Bereich NS-Black-Metal und seine Plattenfirma „Hagal Records“.

■ **Dresden** – Die von Alfred Mechtersheimer im vergangenen Jahr ins Leben gerufene rechtsextreme Sammelbewegung Deutsche Aufbau-Organisation (DAO) hat in Dresden eine DAO-Plattform gegründet. Ansprechpartner vor Ort ist der JF-Leserbriefschreiber Dieter Hempel. Lokale Gruppierungen der Deutschen Aufbau-Organisation wurden jüngst auch von Josef Müller (DAO-Arbeitskreis Nördlicher Schwarzwald), Peter Haese (DAO-Gesprächskreis Niederbayern/Ostbayern) und Hans-Dieter Stermann (Verein „Leverkusener Offensive“), einem Leserbriefschreiber in der „National-Zeitung“ (NZ), ins Leben gerufen.

■ **Fürth** – „Wir waren Patrioten und wir bleiben Patrioten“ verkündet der Sänger und Gitarrist der braunen Szene-Kombo „Nordwind“ in der aktuellen Ausgabe der rechtsextremen Zeitschrift „Signal“. „Nordwind“ wird in Skinkreisen oft mit der schwedischen Band „Ultima Thule“, mit der „Nordwind“ auch zwei Lieder aufgenommen hat, verglichen. Beide Bands bezeichnen ihre Musik als „Viking-Rock“. Der Bullterrier-Liebhaber und „Nordwind“-Kopf Ronny (= Ronald Haser, Fürth) beklagt in „Signal“ insbesondere die verschärften Bestimmungen bei der Haltung und Zucht von Kampfhunden als „staatlich organisierten Rassismus“.

■ **Hamburg** – Der Ritterkreuzträger Hennecke Kardel (Jg. 1922), hat erneut eine rund 50 Seiten umfassende Broschüre über „Reemtsmas Endkampf in Berlin“ veröffentlicht. In dem antisemitischen Machwerk wird unter anderem der frühere Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Ignatz Bubis, als „Gangster-Oberhaupt“ diffamiert. Jan Philipp Reemtsma beschimpft Kardel als „vaterlandslosen Gesell“ und

„Dunkelmann“. Ganz im Anti-Antifa-Stil hat Kardel auch die privaten Anschriften von Mitgliedern des Vereins zur Förderung der Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1994“ veröffentlicht. Kardel, einst Wegbegleiter von Otto Strasser, gab 1999 als Zeitzeuge der „Internet Wochenschau“ der rechtsextremen „Politischen Hintergrundinformationen“ (PHI) ein Interview. Die revisionistische Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ aus dem Hause Grabert, Tübingen, lobt Kardel, er sei mit seinen „Schriften gegen die Heer-Reemtsmasche Anti-Wehrmachtausstellung hervorgetreten“.

■ **Hildesheim** – Auf einem außerordentlichen Landesparteitag bei Hildesheim haben die niedersächsischen Nationaldemokraten ihre 13-köpfige Landesliste zur Bundestagswahl 2002 gewählt. Neben dem Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld und dem Landesvize Friedrich Preuß wollen zu den Wahlen zum Deutschen Bundestag antreten: Manfred Börm (vormals „Gauführer Nord“ der Wiking-Jugend), Stephan Pfingsten (Autor des Neonaziblattes „Zentralorgan“) und Silvia Berisha. Berisha, NPD-Landesvorstandsmitglied, war einst Mitherausgeberin des braunen Fanzines „Irmgard“. Die Ausgabe 6 von „Irmgard“ aus dem Jahr 1993 steht auf dem Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften.

■ **Kliken/Magdeburg** – Die Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) will zu den Landtagswahlen am 21. April nächsten Jahres in Sachsen-Anhalt antreten. Auf einem Landesparteitag am 24. November in Kliken (Landkreis Anhalt-Zerbst) wurde jetzt die Kandidatenliste aufgestellt. Spitzenkandidatin ist die FDVP-Bundesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende im Magdeburger Landtag, Claudia Wiechmann. Auf Platz 2 folgt die Landtagsabgeordnete Kerstin Helmecke, die am 24. November auch zur neuen FDVP-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt gewählt wurde. Platz 3 der Kandidatenliste belegt schließlich der Fraktionsvize Helmut Wolf. Die 6-köpfige FDVP-Fraktion ist seit Februar 2000 im Landtag vertreten.

■ **Magdeburg** – Torsten Uhrhammer, einer der Koordinatoren beim Aufbau der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt, Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung von Hamburg-Altona legt sein Mandat nieder und tritt aus der Partei aus. Eigenen Angaben zufolge war Uhrhammer im Jahr 1987 für kurze Zeit Mitglied der DVU. Noch im Juni vergangenen Jahres tummelte sich Uhrhammer im Gästebuch der rechtsextremen Freiheitlichen Deutschen Volkspartei

(FDVP). Die FDVP wurde am 15. Februar 2000 durch ehemalige Abgeordnete und Funktionäre der DVU gegründet. In seinem Gästebucheintrag teilte Uhrhammer mit, dass er sich „sehr freue“, dass es der FDVP gelungen sei, „in recht kurzer Zeit“ die „Partei programmatisch und organisatorisch zu strukturieren“. Uhrhammer merkte an: „Allerdings frage ich mich und Sie: Warum noch eine neue konservative, nationalliberale Partei? Gibt es denn mit DP, DSU, REP, BfB etc. noch nicht genug?“. Uhrhammer wünschte abschließend: „Viel Erfolg (bald in gemeinsamer Formation?!).“

■ **Meißen** – Erkenntnissen des sächsischen Verfassungsschutzes zufolge verfolgt der kürzlich gegründete „Verein zur germanischen Brauchtumspflege Schwarze Sonne Meißen e.V.“ rechtsextremistische Bestrebungen. Vereinsvorsitzender ist der 28-jährige Rene Jurisch aus Meißen, der bis vor einem Jahr zur Meißner NPD-Führung gehörte. Der Verein feiert unter anderem Sonnenwende und Erntedankfest, backt Julbrote und befasst sich mit germanischer Mythologie und Runenkunde. Rund 40 Personen, darunter auch NPD-Mitglieder, gehören dem „Verein zur germanischen Brauchtumspflege Schwarze Sonne Meißen e.V.“ an.

■ **Neumünster** – Kraftschlag-Sänger Jens Arpe hat sich wenige Wochen nach seiner Haftentlassung erstmals wieder öffentlich geäußert. Dem Label „Wehrwolf Records“ sagte er, die Zeit im Gefängnis sei nicht gerade „lustig“ gewesen. Arpe war wegen Volksverhetzung zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden, weil er 1996 bei einem Konzert in der Nähe von Wuppertal den Hitlergruß gezeigt und gewaltverherrlichende und ausländerfeindliche Lieder gesungen hatte. Nach der Entlassung habe ihn die „Realität“ schnell wieder eingeholt, weil er „gegenüber vom Knast einen Döner-Imbiss und sechs Meter weiter an der Bushaltestelle vier Neger mit Bierdosen in den Pfoten“ gesehen habe. Im September 2000 habe seine Gruppe „Kraftschlag“ außerdem Schlagzeuger Holgi rausgeworfen, weil er „bandschädigende Sachen“ gemacht habe. Gemeinsam mit der Skinhead-Band „Hauptkampflinie“ führe er außerdem einen Rechtsstreit gegen den Düsseldorf Verleger Torsten Lemmer. Darin gehe es um die Veröffentlichung alter Aufnahmen der Gruppen. In erster Instanz habe man Prozess gewonnen. Torsten Lemmer sei der Verkauf von bestimmten CDs untersagt worden.

■ **Waiblingen** – Das erste rechtsextreme Internet-Auktionshaus ist seit wenigen Wochen online. An-

gemeldet ist die Internet-Adresse auf Alexander Herr aus dem schwäbischen Waiblingen. Er betreibt auch gleichzeitig das neue Rechtsrock-Label „RACords“. Über 250 CDs, Kleidungsstücke, Hefte und Bücher können zur Zeit ersteigert werden. Den größten Teil des Angebots nehmen allerdings die CDs ein. Rund 130 Personen haben sich in den ersten Wochen schon als Bieter oder Käufer angemeldet.

■ **Wehr** – Die Gaststätte „Reissverschluss“ im baden-württembergischen Wehr wurde Ende November endgültig geschlossen. Einem Bericht des örtlichen „Südkurier“ zufolge gibt der Pächter aus wirtschaftlichen Gründen auf. Grund hierfür war das Fernbleiben der bisherigen Gäste. „Jetzt kommen weder die Skinheads, noch die anderen“, erklärte der Pächter gegenüber dem „Südkurier“. Im „Reissverschluss“ fanden in der Vergangenheit Veranstaltungen der rechtsextremen Szene statt. Zuletzt sollte am 2. November ein Konzert durchgeführt werden (vgl. BNR 23/01), was der Pächter jedoch in der Lokalzeitung dementierte: „Es war keine Veranstaltung mit Rockbands geplant und es gab keinen Grund für die Maßnahmen“ von Bürgermeister und Polizei. Im Keller des „Reissverschluss“ hatte die rechtsextreme Musikgruppe „Blutausch“ ihren Proberaum. Die Szene-Band trat wiederholt in der südbadischen Gaststätte auf. Nun müssen sich die bisherigen Lokalmatadore ein neues Domizil suchen.

■ **Winterberg** – Der von Neonazis aus dem Umfeld der Sauerländer Aktionsfront geplante Trauermarsch am 24. November in Winterberg (vgl. BNR 23/01) ist verboten worden. Sie hatten an ihre vor vier Jahren bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Führungskader Andre Zimmermann, Thomas Kubiak und Harald Theodor Mehr erinnern wollen. Die Verbotsverfügung des Mescheder Landrats hatte auch vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand. Auch eine nach der Entscheidung des Karlsruher Gerichts angemeldete Ersatzveranstaltung in Lüdenscheid blieb verboten. Die Neonazis schäumten. In einer ersten Stellungnahme des Aktionsbüros Norddeutschland war die Rede von den „Wahnsinnigen in der zuständigen Versammlungsbehörde“ und „geistig zurückgebliebenen Behördenfunktionären“. Kurz darauf meldete sich offenbar die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung beim Aktionsbüro Norddeutschland: Über „Fuzzis in der zuständigen Versammlungsbehörde“ und „zeitlich zurückgebliebene Behördenfunktionäre“ klagen sie nun.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 24-2001 / Abo 5292719000

9

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

PI-555

Ausland

■ **Schweiz (Rheinfelden)** – Im schweizerischen Rheinfelden sorgt ein brauner Devotionalienladen für Aufregung. Kopf des „Lolo-Versands“, der demnächst „Hooligan Streetwear“ heißen soll, ist der Neonazi Sacha Kunz, Präsident der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). Informationen von Schweizer Medien zufolge gehörte Kunz zu den Führungskadern von „Blood&Honour“. Mitinhaber des „Lolo-Versands“ ist Marc Masselier, ebenfalls PNOS-Mitglied. Masselier betrieb die „National Security Agency Meselli“ in Duggingen.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.